

Anfragen zum Plenum in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Angesichts des Jahresberichtes des Obersten Rechnungshofes, der bei der Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ erhebliche finanzielle Unstimmigkeiten aufdeckte, wie z.B. dass Teile des Stiftungsvermögens in risikoreiche Geldanlagen geflossen sind, dass ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen fehlt, dass die Mittelvergabe ohne ausreichende Kontrolle erfolgte, dass die Landesstiftung staatliche Zuschüsse durch Verschweigen von Einnahmen und Geltendmachung von nicht zuwendungsfähigen Ausgaben erschlichen hat, frage ich die Staatsregierung, wie konnten bei einer Stiftung, die jährlich 19 Mio. Euro ausschüttet, ein Grundstockvermögen von ca. 60 Mio. Euro hat und in dessen Stiftungsrat die Sozialministerin, der Staatssekretär bzw. die Staatssekretärin und die Leiterin des Fachreferats sind und die vom Zentrum Bayern Familie und Soziales verwaltet wird, solch erhebliche Unregelmäßigkeiten jahrelang ohne Beanstandung vor sich gehen, wer trägt hierfür die Verantwortung und kann jemand für die erlittenen Verluste haftbar gemacht werden?

Hubert Aiwanger
(FW)

Ist der Staatsregierung der Sachverhalt bekannt, dass bei der geplanten Umgehung der B 299 Neuhausen – Weihmichl – Arth im Landkreis Landshut am Kreuzungspunkt mit der Bahntrasse bei Arth eine sechs Meter hohe und 1,5 Mio. Euro teure Überführung geplant ist, obwohl die Bahnstrecke zwei Kilometer später im Nichts endet und die Bahnstrecke schon jahrelang brachliegt, und hält die Staatsregierung es nicht auch für vernünftig, diesen Schildbürgerstreich der Errichtung dieser Überführung zu verhindern, wie es lokale Politiker und das Staatliche Bauamt Landshut auch fordern, und was hat die Staatsregierung bereits getan bzw. beabsichtigt sie zu tun, um die Entwidmung der Bahnstrecke zumindest ab dem Kreuzungspunkt mit der geplanten Umgehungsstraße zu erreichen, um so diese m.E. unsinnige Überführung zu verhindern?

**Prof. (Univ Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, ob der Schulstandort der Rusam-Grundschule in Sachsen bei Ansbach langfristig erhalten bleibt, da die Kommune aufgrund der fehlenden Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II plant, die Schule in mehreren Teilschritten zu

sanieren und diese Investition über mehrere Jahre nur Sinn macht, wenn der Standort über den Sanierungszeitraum hinaus auch verlässlich langfristig gesichert ist?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele und welche freien Träger von Volksschulen haben in den Jahren 2008 und 2009 Mietkostenzuschüsse und Zuschüsse zu den Beförderungskosten erhalten und wie hoch waren jeweils diese Zuschüsse, aufgeteilt auf 2008 und 2009 und Träger?

Dr. Thomas Beyer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen wird sie ergreifen, damit über die Bayerische Eisenbahngesellschaft auch im Ballungsraum Nürnberg eine Erhöhung der Zugbegleiterquote in Zügen des Schienenpersonennahverkehrs erfolgt, ist sie bereit, der Resolution der Betriebsversammlung des Verkehrsbetriebes Franken von DB Regio vom 21. Oktober 2010 zu folgen, die Zugbegleiterquote auch in Mittelfranken an das Niveau der Beauftragung mit Schienenleistungen durch die BEG im so genannten Werdenfels-Netz mit einer 100-prozentigen Zugbegleiterquote anzupassen und falls nein, wie rechtfertigt die Staatsregierung die dann festzustellende eklatante Benachteiligung der Fahrgäste sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von DB Regio in Mittelfranken gegenüber dem genannten Teil Oberbayerns?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle nach Kalenderjahren wurden in den letzten fünf Jahren am Sozialgericht Bayreuth im Hinblick auf den Grad einer Behinderung verhandelt, wie viele Untersuchungen wurden im Vorfeld der Verhandlungen von wie viel Ärzten vorgenommen?

Sabine Dittmar
(SPD)

Nachdem die neue Mainbrücke im Dezember 2009 fertig gestellt wurde und sich die Verkehrsbelastung der ohnehin sanierungsbedürftigen St 2277 – v.a. auch durch überregionalen Lkw-Verkehr, der die Ortsdurchfahrt als Abkürzung zwischen der BAB A3 und A70 nutzt – erheblich gesteigert hat, frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sie sieht, diesen „Mautumgehungsverkehr“ zu unterbinden und ob sie sich vorstellen kann, ein nächtliches Fahrverbot für Lkw über 7,5 t zu erlassen, und bis wann mit einer Realisierung der Sanierung der St 2277 zu rechnen ist?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, bei welchen nichtstaatlichen Kultureinrichtungen in Bayern, die Zuwendungen aus dem Haushalt des Freistaats erhalten, sitzen Vertreterinnen und Vertreter des Freistaats in Aufsichts- oder Steuerungsgremien wie z.B. einem Stiftungsrat, Aufsichtsrat oder Vorstand, welche Rechtsform haben diese Kultureinrichtungen jeweils und in welcher Funktion übernehmen die jeweiligen Vertreterinnen und Vertreter des Freistaats diese Aufgabe?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FW)

Wie erklärt sich die Staatsregierung, dass sich die CO₂-Emissionen im Freistaat von 1990 bis 2006 nur gering verringerten (von 84.544 t auf 81.879 t) und dann von 2006 auf 2007 auf nunmehr 74.972 t sanken, welche konkreten Ursachen bzw. Gründe sind für diesen erheblichen Rückgang verantwortlich?

Günther Felbinger
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, liegt das für den Herbst 2010 angekündigte Konzept des Freistaats Bayern für die Nachnutzung des Steigenberger-Hotels in Bad Kissingen, das von einem für die Staatsregierung tätigen Projektberater erstellt werden sollte, bereits vor, welchen Inhalt hat es und wie sieht darin eine Nachnutzung aus?

Anne Franke
(GRU)

Vor dem Hintergrund des geplanten Brückenbaus bei Triebenbach frage ich die Staatsregierung, in welcher Form eine möglichst schnelle Entlastung der Anwohner der Schlossstraße in Laufen, in der die Feinstaub und Stickoxid Grenzwerte deutlich überschritten sind, durchführbar ist, in welchem Zeitraum mit dem Bau der Brücke bei Triebenbach zu rechnen ist und welche Chancen und Risiken durch den Bau der Brücke aus Sicht der Staatsregierung entstehen würden?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf Grundlage welcher Kriterien eine Gebührenhöhe von bis zu 2.000 Euro für berufsbegleitende Studiengänge vorgesehen ist, welche weiteren Bestimmungen und Befreiungstatbestände die Verordnung betreffend der Gebührenerhebung in berufsbegleitenden Studiengängen beinhalten soll, und ob sie die Einschätzung teilt, dass durch die im Gesetzesentwurf der Staatsregierung dargelegten Regelungen zum berufsbegleitenden Studium das Kaufen eines Studienplatzes ermöglicht würde?

Thomas Gehring
(GRU)

Wie viele Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse haben in diesem Jahr im Rahmen des Übertrittsverfahrens einen Probeunterricht besucht, wie viele sind danach auf Hauptschule, Realschule oder Gymnasium übergetreten und wie viele sind aufgrund des Elternwillens, also zweimal Note 4, jeweils in Deutsch und Mathematik, übergetreten?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird sie mit den Anforderungen durch die im 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vorgesehenen Alterskennzeichnungen von Telemedienangeboten umgehen, hat sie ihre Internetangebote bereits eingestuft, und mit welchem finanziellen Aufwand (dadurch gebundene Arbeitszeit) sind die Alterseinstufungen für die Staatsregierung verbunden?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Da im Nachtragshaushalt 2010 im Kapitel 13 60 und dort im Titel 129 01 der Betrag von 251.978,4 Tsd. Euro in Erwartung einer von der BayernLB zu leistenden höheren Garantiegebühr für die Abschirmung des ABS-Portfolios durch den Freistaat eingestellt ist, frage ich die Staatsregierung, ist der Betrag schon an den Freistaat geflossen bzw. wann wird er fließen und falls nein, warum kann er nicht vereinnahmt werden?

Eike Hallitzky
(GRU)

Der Freistaat Bayern ist an der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), die bei der Reform der deutschen Entwicklungshilfeorganisationen mit der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) fusioniert, beteiligt, dazu frage ich die Staatsregierung, wie hoch der Anteil ist, den der Freistaat Bayern

an der DSE hält, wie sie die organisatorischen Änderungen in der Entwicklungshilfe grundsätzlich einschätzt und wie sie zu den Änderungen der Standorte bzw. der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht?

Dr. Leopold Herz
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage bzw. Verwaltungsvorschrift können Christbaumkulturen, die wie die stetig wachsenden Christbaumkulturen im Sinngrund (Landkreis Main-Spessart), die aufgrund der großflächigen Einzäunungen, der zunehmenden Verwendung von Unkrautbekämpfungsmitteln und der naturbeeinträchtigenden Gestaltung in der Bevölkerung und bei politisch Verantwortlichen für eine zunehmende Beunruhigung sorgen, bis zu welcher Größenordnung angelegt werden und sind diese nach dem Bayerischen Waldgesetz für die Rodung von Waldflächen und die anschließende Anlage von Christbaumkulturen genehmigungsfähig?

Claudia Jung
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel hat der Freistaat seit dem Start des DAB-Dienstes (Digital Audio Broadcasting – DAB) in Bayern insgesamt investiert, da bekanntlich die KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) nur bis Mitte Dezember eine letzte Frist gelassen hat, in der sich die Verhandlungspartner auf einen DABplus-Vertragsabschluss einigen müssen oder die bereits zugesagten Gebührenmittel für den DAB-Neustart würden wieder gesperrt, wie viel an Subventionen wurden davon für Privatradiobetreiber aufgewendet und wie viel der Gelder wurden davon allein bis heute für den Neustart mit DABplus ausgegeben?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber befinden sich in Bayern derzeit jeweils in den Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. sind in den einzelnen kreisfreien Städten und den einzelnen Landkreisen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, wie hoch stieg die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die in Gemeinschaftsunterkünften Bayerns leben müssen, seit Beginn dieses Jahres an und wie hoch ist die Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, denen 2010 per Ausnahmegenehmigung (siehe Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ mit Frau Staatsministerin Haderthauer) oder Aufenthaltstitel freie Wohnsitznahme ermöglicht wurde?

Annette Karl
(SPD)

Angesichts der Tatsache, dass viele Bauern wegen der Wildschweinproblematik und wegen des nötigen Erosionsschutzes bemüht sind, den Anteil des Maisanbaus auf ihren Feldern zu reduzieren und angesichts der Tatsache, dass bei KULAP-A 31 nur 30 Prozent Anbau einer Hauptfruchtart erlaubt sind, frage ich die Staatsregierung, warum fällt z.B. ein Klee-Luzerne-Gemisch unter der Codierung NC 422 unter diese 30-Prozent-Regelung, warum wird der Klee grasanteil, obwohl ökologisch von großem Vorteil, auf 30 Prozent begrenzt und werden diese Vorschriften des A 31 im Sinne einer flexibleren Handhabung und weniger Bürokratie überprüft, auch im Hinblick auf die nächste Förderperiode?

Alexander König
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ausgleichsmaßnahmen mit jeweils welchem finanziellen Volumen erfolgten insbesondere seitens der Staatsregierung infolge des Abbaus der Bundeswehrstandorte in Bayreuth, Ebern, Naila und Wunsiedel für die Städte Bayreuth, Ebern, Naila und Wunsiedel und wie viele Ersatzarbeitsplätze konnten durch diese Maßnahmen in den betreffenden Wirtschaftsräumen geschaffen werden?

Alexander Muthmann
(FW)

Bezugnehmend auf die Ankündigung des Ministerrats vom 12. Oktober 2010, sich mit der Finanzierung der Modellregion E-WALD und der anderen Modellstädte Bad Neustadt a.d. Saale sowie Garmisch-Partenkirchen voraussichtlich im November zu beschäftigen, frage ich die Staatsregierung, zu welchen Ergebnissen sie hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten (Umfang und Dauer der Förderung, Herkunft der Mittel, Verankerung im Doppelhaushalt 2011/2012) für die einzelnen Projekte gekommen ist, wie sich jeweils das Verhältnis zwischen vorgesehener Förderung der Staatsregierung und angemeldetem Bedarf der Modellregion und -städte gestaltet und welche Eigenmittel die Modellregion und -städte jeweils aufbringen müssen, um ihre Projektvorhaben umsetzen zu können?

Thomas Mütze
(GRU)

Da am 10. Dezember 2010 auf Einladung der lokalen Landtagsabgeordneten der CSU, Dr. Winfried Bausback und Peter Winter, am Friedrich-Dessauer-Gymnasium das „2. Aschaffener Schulforum“ mit dem Titel „Bayerisches Gymnasium – aktuelle Situation und Herausforderung“ mit Herrn Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle und den beiden einladenden Abgeordneten stattfinden soll, zu dem die Schulleiterinnen und Schulleiter, Mitglieder des Lehrerkollegiums, die Eltern- und Schülervertretungen der Gymnasien, Real- und Grundschulen in Stadt und Landkreis Aschaffenburg, Referendare und Referendarinnen, interessierte Eltern und Schülerinnen und Schüler eingeladen sind, wobei es außerdem eine Ankündigung in der Lokalpresse gab, frage ich die Staatsregierung, ob eine solche Veranstaltung unter der Reihe „Schulforum“, was ja Überparteilichkeit suggeriert, hier aber nur CSU-Minister und -Abgeordnete an der Diskussion teilnehmen, abgehalten werden darf, ob der Veranstaltungsort, eine öffentliche Schule, für eine Parteiveranstaltung zulässig ist, und ob es nicht geboten ist, zu solchen Veranstaltungen alle lokalen Landtagsabgeordneten, zumindest Abgeordnete beider Regierungsparteien einzuladen?

Christa Naab
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie teuer das Fachgutachten „Bedarfsanalyse zur Luftrettung in Bayern“ war, wie hoch die erforderlichen Investitionskosten für einen weiteren Rettungstransporthubschrauberstandort in Augsburg bzw. Donauwörth wären und welche aktuellen Planungen bestehen, im Falle eines Standortes Augsburg die „weißen Flecken“ in Nordschwaben und Westmittelfranken abzudecken?

Maria Noichl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die Entwicklung der Anzahl der Mitarbeiter im Staatsministerium für Ernährung, Landwirt-

schaft und Forsten mit befristeten Verträgen seit 2000, mit welchen Zahlen rechnet das Ministerium für 2011/2012 und ggf. darüber hinaus und wie vielen Vollzeitstellen entspricht die Zahl der dadurch geleisteten Arbeitsstunden jeweils?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler dürfen an den bayerischen Gymnasien in welchen Jahrgangsstufen auf Probe vorrücken (bitte nach MB-Bezirken aufgeteilt und im Verhältnis zur Gesamtzahl angeben)?

Prof. Dr. Michael Piaolo
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit und in welchem personellen Umfang plant sie, angesichts steigender Studierendenzahlen im Zuge des doppelten Abiturjahrgangs und der Aussetzung der Wehrpflicht, tatsächlich Gymnasiallehrer an den bayerischen Hochschulen einzusetzen bzw. wird immer noch die stets genannte Zahl von 650 angestrebt oder verbleiben diese 650 Lehrer (nicht die Stellen!) weiterhin an den Gymnasien?

Bernhard Pohl
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie das Modell eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs in Mittelzentren als Alternative zur Fußgängerzone im Hinblick auf Machbarkeit, welche Erfahrungen bestehen bereits und welche rechtlichen Notwendigkeiten gibt es hier?

Mannfred Pointner
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird sich bei einem Bau der Westtangente Freising der Verkehr auf dem Teilstück der Staatsstraße 2084 durch das Gemeindegebiet von Kranzberg voraussichtlich entwickeln, mit welcher Zunahme von Lärmbelastung und Verkehrsproblemen ist dadurch zu rechnen und besteht nach dem Bau der Westtangente die Möglichkeit, die verkehrlichen Probleme, insbesondere die Situation der Fußgängerquerung im Ortsteil Thalhausen, mit Mitteln des Freistaats zu beheben?

Karin Pranghofer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schlussfolgerungen zieht sie aus dem vor etwa sieben Jahren eingerichteten Pilotprojekt, in Neu-Ulm und in München so genannte „Geschwindigkeitsmessanlagen“ aufzustellen und zu testen, und welche Gründe gibt es, diese Geschwindigkeitsmessanlagen in Bayern nicht zuzulassen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen leitet sie ein, um den ominösen „state secretary for federal and european issues“ ausfindig zu machen, der sich dezidiert despektierlich über die außenpolitischen Kompetenzen von Ministerpräsident Horst Seehofer geäußert hat, welche dienstrechtlichen und sonstigen Konsequenzen drohen dem „Maulwurf“, kann definitiv ausgeschlossen werden, dass die Beamten Neumeyer und Hoehenberger oder die Europaministerin Müller gegenüber Dritten die außenpolitischen Grundfähigkeiten des Ministerpräsidenten in Zweifel gezogen haben?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Zu welchem Zeitpunkt war klar, dass der Haltepunkt Vach mit Start des erweiterten S-Bahn-Netzes im Großraum Nürnberg am 12. Dezember 2010 nicht von der S-Bahn bedient werden kann, da die Bahnsteighöhe mit S-Bahn-Zügen nicht kompatibel ist, weshalb wurde nicht frühzeitiger auf eine „provisorische Bahn-

steigerhöhung“ hingearbeitet und wann wurde die Entscheidung getroffen, für ca. ein dreiviertel Jahr Schienenersatzverkehr einzurichten?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Projekte wurden im Jahr 2010 in welcher Höhe aus dem Titel 883 01 in Kapitel 13 10 „Zuweisungen zum Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen im Zuge von Staatsstraßen sowie zur Änderung von bestehenden Kreuzungen zwischen Staats- und Gemeindestraßen sowie zwischen Staats- und Gemeinde- und Kreisstraßen und zum Bau von unselbstständigen Radwegen sowie unselbstständigen Geh- und Radwegen an Staatsstraßen mit Übernahme der Änderungskosten bzw. Kosten durch die Gemeinde gemäß § 2 Abs. 3 FAGÄndG 2009“ bezuschusst und wie hoch ist voraussichtlich der Haushaltsrest 2010?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen wird sie zur Umsetzung der Neuregelung der Sicherungsverwahrung, insbesondere hinsichtlich der sog. Altfälle, ergreifen, welche landesgesetzlichen Änderungen hält sie für erforderlich und wie hoch schätzt sie den Aufwand für die Schaffung und Ausstattung sog. Hafthäuser und den zusätzlichen Bedarf an Mitarbeitern zur Erfüllung der vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) vorgegebenen Anforderungen an die Sicherungsverwahrung ein?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Nachdem die Antwort der Staatskanzlei auf meine Anfrage zum Plenum vom 25. Oktober 2010 gem. § 74 GO zur unrechtmäßigen Nutzung des Dienstwagens durch Frau Karin Stoiber m.E. eine Nichtbeantwortung darstellt, Herr Ministerpräsident Seehofer sich seiner parlamentarischen Verantwortung nicht dadurch entziehen kann, dass er auf eine ungeprüfte Auskunft des Büros des Herrn Dr. Stoiber verweist und im Übrigen diese Auskunft nach meiner Information nicht der Wahrheit entspricht, frage ich die Staatsregierung, wann hat Frau Stoiber den Dienstwagen, welcher Herrn Dr. Stoiber nach seinem Ausscheiden als Ministerpräsident vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt wurde, im Jahr 2009 und im Jahr 2010 allein benutzt und welches war das Ziel und der jeweilige Zweck der Fahrt?

Theresa Schopper
(GRU)

Falls die Clearingstelle zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen mittlerweile eingerichtet ist, frage ich die Staatsregierung, wie viele Fälle mit welchen Vorwürfen wurden hier in der Zeit von Juli 2010 bis heute geklärt und dann wie sanktioniert?

Tanja Schweiger
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit der aktuelle Planungsstand für die B 8 im Streckenabschnitt Weißmarter gediehen ist, wie die Staatsregierung vor dem Hintergrund erhöhter Unfallgefahr und der Lage des Streckenabschnitts in einem Wasserschutzgebiet die Notwendigkeit einer zusätzlichen „Kriechspur“ beurteilt und in welchem Umfang finanzielle Mittel für den Ausbau der B8 einge-

plant sind, damit diese Maßnahme ohne Verzögerung ergriffen werden kann?

Christine Stahl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Pläne gibt es, die bisher in Regensburg ansässige und zu 100 Prozent im Besitz des Freistaats Bayern befindliche Bayerische Landeskraftwerke GmbH – beispielsweise nach Nürnberg – zu verlagern, welche zusätzlichen Stellen werden hierbei möglicherweise geschaffen und was sind gegebenenfalls die Gründe für Verlagerung und Stellenschaffung?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, plant sie eine Initiative, um die grundgesetzliche Schuldenbremse auch in der Bayerischen Verfassung zu verankern, wenn ja, wie soll die Änderung der Verfassung nach Ansicht der Staatsregierung inhaltlich ausgestaltet sein, und wie beurteilt die Staatsregierung inhaltlich die geplante Verfassungsänderung in Hessen?

Christa Steiger
(SPD)

Nachdem auch nach dem vorliegenden Entwurf zum Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG) die Möglichkeit bestünde, dass bei gutachterlich festgestelltem erhöhten Regelsatzbedarf (z.B. für die Landeshauptstadt München, die Landkreise Dachau, Fürstentfeldbruck und München) die Kommunen als Sozialhilfeträger diesen festlegen und auch weiter auszahlen dürften, frage ich die Staatsregierung aus welchem Grund sie dies ablehnt?

Florian Streibl
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie wirkt sich die neue Rechtsauffassung der Finanzbehörden zur Abgrenzung der Land- und Forstwirtschaft vom Gewerbe in Anwendung des Bundesfinanzhof-Urteils vom 25. März 2009 allgemein und besonders die Neufestlegung der Höchstgrenze beim Umsatz mit zugekauften Produkten auf 51.500 Euro auf die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aus und wie viele Betriebe in Bayern sind dabei voraussichtlich negativ von der Neuregelung betroffen?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie gedenkt sie der Bestandserhaltung im Bereich der Staatsstraßen und Brücken einen entsprechenden Stellenwert im kommenden Haushalt einzuräumen, nachdem der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2010 unter TNr. 17 festgestellt hat, dass mittlerweile 63 Prozent der Staatsstraßen in Bayern die Warn- bzw. Schwellenwerte für den Gesamtwert überschreiten und damit in einem so schlechten Zustand sind, dass Beobachtung bzw. unverzügliches Handeln notwendig sind?

Dr. Simone Strohmayer
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Schlosssanierung in Friedberg/Schwaben, frage ich die Staatsregierung, ob für vorgenannte Maßnahme mit einer Unterstützung aus dem Entschädigungsfonds 2011/2012 zu rechnen ist, und wenn ja, wie hoch fällt der Betrag aus und in welcher Höhe beläuft sich die voraussichtliche Mittelausstattung für diesen Fonds?

Susanna Tausendfreund
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen aus dem Brand eines Seniorenheimes in Würzburg gezogen werden, in welchen Alten- und Pflegeheimen die baulichen Mindeststandards zur Einhaltung des Brandschutzes nicht erfüllt werden und welche

landesweiten Regelungen zur Verwendung von Brandmeldeanlagen, Feuer- und Rauchmeldern und für Fluchtwege in Alten- und Pflegeheimen die Staatsregierung auch im Hinblick auf die erschwerte Evakuierung für sinnvoll erachtet?

Simone Tolle
(GRU)

Nachdem an der Friedrich-Fischer-Schule (FOS/BOS) in Schweinfurt seit Jahren die Schülerinnen- und Schülerzahlen steigen und permanente Raumnot herrscht, mittlerweile wird im Schichtbetrieb unterrichtet, frage ich die Staatsregierung, wie sie Unterrichtsschichtbetrieb als Instrument zur Behebung von Raumnot einschätzt (auch pädagogisch), welche Mittel der Staatsregierung als Rechtsaufsicht zur Verfügung stehen und unter welchen Voraussetzungen die Staatsregierung als Rechtsaufsicht zur Behebung der unhaltbaren Zustände und zur Wiederherstellung eines ordentlichen Unterrichtsbetriebes eingreifen wird?

Angelika Weikert
(SPD)

Sind die Teilnehmer von Trainee-Programmen zur Gewinnung von Lehrernachwuchs in den Mangelfächern Mathematik, Physik und Informatik von der Absenkung der Eingangsbesoldung auf A 12 betroffen oder gibt es einen Vertrauensschutz für diese Gruppe und damit auf die Konditionen, die ihnen bei der Einstellung zugesichert wurden?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutreffend ist, dass sich die Übergabe des Abschnitts der BAB A 8 zwischen den Anschlussstellen Augsburg-West und Leipheim für den sechsspurigen Ausbau an den künftigen Konzessionär entgegen der bisherigen Planung, die diese Übergabe für Januar 2011 vorsah, verzögert, aus welchen Gründen ergibt sich diese Verzögerung und wie lange wird diese dauern?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie kann sie sicherstellen, dass die Abschlagszahlung für den pädagogisch-psychologischen Dienst in Kindertagesstätten für dieses Jahr noch in diesem Jahr ausbezahlt wird (also nicht verfällt) und wie kann für die Zukunft sichergestellt werden, dass die Ausbezahlung zeitgleich mit den Zuschüssen für die Kindertagesstätten erfolgt?

Jutta Widmann
(FW)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren 2010 die finanziellen Mittel für den Unterhalt der Staatsstraßen in Niederbayern, trifft es zu, dass von diesen Mitteln auch Gelder für den Neubau von Straßen verwendet wurden und in welcher Höhe stehen 2011 Mittel für den Straßenunterhalt im Landkreis Landshut zur Verfügung?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass sie darauf hinwirkt, dass an Grundschulen jahrgangskombinierte Klassen eingerichtet werden, auch wenn eine Reduzierung der Zahl der Klassen nicht erforderlich ist, welche Auswirkungen hat der Anstieg der Zahl von jahrgangskombinierten Klassen auf die Personalsituation an den Grundschulen, und beabsichtigt die Staatsregierung, das Nebeneinander von jahrgangstreuen und jahrgangskombinierten Klassen zukünftig zugunsten einer einheitlichen jahrgangskombinierten Klassenstruktur aufzulösen?

Ludwig Wörner
(SPD)

Nachdem das Gelände, auf dem die umstrittene Schießanlage im Forstenrieder Park geplant ist, offensichtlich erweitert werden soll, frage ich die Staatsregierung, ob es Veränderungen im Pachtvertrag zwischen den Bayerischen Staatsforsten und dem Schießanlagenbetreiber gab oder gibt und welche betroffenen Stellen im Falle einer geplanten Anpassung des Grundstückszuschnitts in welchem Umfang einbezogen wurden?

Isabell Zacharias
(SPD)

Da im Staatshaushalt im Kapitel 10 50 und dort im Titel 684 52 für die Förderung von Integrationsangeboten im Haushaltsjahr 2010 Mittel in Höhe von 4.246,6 Tsd. Euro eingestellt sind, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang wurden diese Gelder auf welche Projekte bzw. Maßnahmen nach welchem Verfahren bzw. Schlüssel verteilt?